VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DIE neue NACHHUT

Heft Nr. 1/79 Mai 1979

1 0 0 T a g e

und etwas mehr ist der neue Präsident des BND, Dr. Klaus Kinkel, im Amt. Ist dieser Wechsel nur eine Zäsur oder beginnt ein neuer Weg? Das ist die in den Kreisen der alten und auch noch aktiven MA oft gestellte Frage. Wir meinen, heute etwas dazu sagen zu müssen, da nicht alle alten MA den direkten Draht nach Nikolaus haben und wissen, wie sich der Thronwechsel abgespielt hat.

Die anfänglich geäußerte Skepsis gegen jeden Kandidaten war verständlich, auch die gegen Dr. Klaus Kinkel, denn die wenigsten kannten den neuen Präsidenten aus seiner bisherigen Arbeit und kaum jemand konnte sich vorstellen, daß ein "Seiteneinsteiger" Verständnis für die Aufgaben und Probleme eines so großen Dienstes haben und die Mitarbeiter befeuern könne, aus den gegenwärtigen Zuständen herauszukommen.

Was bis jetzt zu erkennen ist, stimmt optimistisch:

- Der neue Chef bringt ein großes Maß an Erfahrung und Fingerspitzengefühl aus seinen bisherigen Ämtern mit, beides - mit seiner Kenntnis des politischen Apparates der Bundesrepublik verbunden - dürfte dem Dienst von großem Nutzen sein;
- der neue Chef beherrscht die Kunst des produktiven Schweigens und hält nichts davon, den BND einseitig zu "profilieren", wie dies Ehmke in rüder Manier versucht hat;
- der neue Chef hat mit Takt und Behutsamkeit sein Amt übernommen und will sich sachkundig machen. Er bittet dafür um Offenheit, Fairness und Loyalität.
- die Bemühungen, die ersten Männer der Bundesrepublik Deutschland zum Gespräch zu empfangen, wie schon mit dem scheidenden Bundespräsidenten geschehen, sind anerkennenswert und dem Ansehen des Dienstes dienlich.

Von unseren Freunden hörten wir, daß Dr. Kinkel in der "Community" den besten Ruf genießt. Doch soll nicht verschwiegen werden, daß die Gangart des Vize dem Ruf des Dienstes schadete.

Es ist der Lauf der Dinge, daß die FHO-Equipe abgelöst werden wird, und es ist abzusehen, wann der letzte MA aus jener Zeit den aktiven Dienst quittieren muß. Aber Passion und Verpflichtung lassen die alten MA nicht ruhen und sich noch immer mit dem Dienst verbunden fühlen, den sie mitgeschaffen haben. Auch wir wollen mit Loyalität dem neuen Präsidenten gegenübertreten und - falls ihm unser Rat wichtig sein sollte - eine Empfehlung geben:

> Traditionspflege - für jede Institution Voraussetzung für große Leistungen - ist wichtig und kann nicht ohne die alten MA entwickelt werden. Sie sollten mehr als bisher betreut und an den aktiven Dienst angelehnt sein. Wenn es Hausmitteilungen, Rundschreiben u. a. für die aktiven MA gibt, warum nicht auch ein Informationsblatt für die alten MA?

Hier könnte Tradition artikuliert und auch ein Ventil geschaffen werden. Vielleicht würde dies in weiterer Folge auch dem entwürdigenden Gerede von "Seilschaft"

und der Verdächtigung gewisser MA's, parteipolitische Süppchen kochen zu wollen, ein Ende machen.

Bei seiner Amtseinführung, kurz vor Weihnachten 1978, war dem neuen Präsidenten bewußt, daß er im Schatten großer Namen unseres Dienstes stehe, und daß sich der BND besonders wieder dem außenpolitischen Auftrag in seinen vielfältigen Verzweigungen zuwenden müsse. Die bisherige Arbeit von Dr. Klaus Kinkel läßt eine bessere Koordinierung zwischen AA und BND ebenso sicher erscheinen wie eine punktuelle Arbeit in Zusammenarbeit mit den Auslandsvertretungen.

Wir halten es für richtig, daß der neue Präsident seine Tätigkeit unter vorwiegend pragmatischen Gesichtspunkten betrachtet und entsprechend der gewachsenen Rolle der Bundesrepublik in der Weltpolitik und den daraus resultierenden Verpflichtungen eine Informationsbeschaffung nach Bedarf und nicht nach Selbstzweck anstrebt.

Aus diesen Erwägungen sehen wir keinen Grund, kein Vertrauen zum neuen Chef zu haben und hoffen auf ein ähnliches Signal uns gegenüber.

\+ + +

"Aus dem Offensivprinzip der sowjetischen Militärstrategie und den daraus abgeleiteten Strukturen und Potentialen müssen wir schließen, daß ihre Streitkräfte im Falle eines Krieges offensiv eingesetzt werden sollen."

Hans Apel, Bundesverteidigungsminister

\+ + +

Die NATO hat die Anpassung ihrer Einsatzmittel für ihre Atomstrategie an die wachsende östliche Bedrohung offenbar ein Stück vorwärtsgebracht. Das ist das wichtigste Ergebnis des Brüsseler Treffens der Verteidigungsminister im Mai 1979. In diesem Jahr soll über einen Rüstungsplan zur Modernisierung der amerikanischen Kernwaffen auf dem europäischen Felde und gleichermaßen über ein Angebot zur Rüstungsbegrenzung auf diesem Gebiet entschieden werden.

\+ + +

Zu den Abrüstungsverhandlungen: "Nur ein Abkommen auf solider Datenbasis schafft stabile Verhältnisse in Europa."

Hans-Dietrich-Genscher,
Außenminister

\+ + +

AUFREGUNG - UND WAS DANN?
O D E R
WENN DIE VÖGEL HOCHFLIEGEN

Um den defection-agent MfS-Oberleutnant Stiller wird es immer stiller, was man von den internen Debatten um das abberufene Sekretärinnen-Trio Lorenzen, Goliath und Broszey nicht behaupten kann.

Abgesehen davon, daß das Verhältnis 1 Westagent - 3 Ostagenten real sein dürfte, ist die Aufregung in den Amtsstuben der NATO, der CDU/CSU, des BND, des Verfassungsschutz und wo sonst immer ganz verständlich.

Es ist gut, daß sich die Verantwortlichen aufregen, aber das allein reicht nicht, denn Aufregung hat es schon genug gegeben - aber dabei blieb es.

Namen wie Lutze, Sütterlin, Berger, Hofer und andere markieren Stationen dieser Aufregungen, jedoch zugleich die Dürftigkeit solcher Reaktionen.

Nachdem der heißen Worte genug gewechselt waren, ging man zur Tagesordnung über, ohne ebenso heiße Taten folgen zu lassen. Man klatscht in die Hände, die Vögel fliegen erschreckt hoch - und setzen sich wieder.

Dabei liefert auch die Geschichte des deutschen Nachrichtendienstes hinreichend Denkanstöße. Moyzisch hatte nicht nur einen Cicero, er hatte auch eine Sekretärin, die ihr Wissen den Engländern mitteilte.

Im Vorzimmer des ersten Ministerpräsidenten der Ostberliner Regierung, Otto Grotewohl, blühte für die Org. das "Gänseblümchen", Grotewohls Chefsekretärin Elli Basczantis. Dadurch gewarnt, heiratete er vorsichtshalber seine nächste Sekretärin selbst.

Auch die Spiegel-Analyse in der Ausgabe Nr. 12 vom 19.3. dieses Jahres macht es sich leicht mit Schlußfolgerungen und Vorschlägen, die sonst schneller bei der Hand sind.

Es sind die schönen MfS-Romeos, die unsere alleinstehenden, liebesfreudigen Sekretärinnen erst sexuell und dann politisch verführen. So einfach ist das. Man muß nur noch verheiratete Sekretärinnen einstellen und schon ist das MfS abgeblitzt, das Sicherheitsrisiko ist beseitigt.

Das ist für ein Magazin solchen Formats wohl zu billig.

Günter Nollau versucht, in seinem Buch "Wie sicher ist die Bundesrepublik?" eine substantiellere Antwort auf die Frage zu geben, welche Motivationen die Spione des Ostens bewegen.

Von Ideologie als Motiv hält Nollau bei den sogenannten nebenamtlichen Spionen nicht viel, von Sex hin und wieder etwas. Am meisten hält Nollau jedoch vom Geltungsbedürfnis, das seiner Meinung nach kaum genannt wird, jedoch als Motiv ganz obenan steht.

Aber auch das wird nicht reichen, ernsthafte Schlußfolgerungen aus dem Sekretärinnen-Desaster zu ziehen, denn die genannten und auch viele andere Analysen haben einen ganz entscheidenden Fehler. Sie suchen alle die Motivation und damit entscheidende Ursachen der ernsthaften Mängel mehr oder weniger in der persönlichen Psyche, jedoch - und das ist wohl entscheidend - nicht in den Unzulänglichkeiten unseres sozialliberalen Regierungs- und damit Sicherheitssystems.

Ganz offensichtlich muß sich hier etwas radikal ändern.

Daß der Bundesminister des Innern, Baum, vorschlägt, künftig die Personalakten sicherheitsüberprüfter Mitarbeiter um deren Lichtbild anzureichern, dürfte wohl ein Witz sein. Oder sind im Ernst die Personalakten, in denen auch die Ausgabe von Haus- und Dienstausweisen registriert wird, ohne Konterfei des Mitarbeiters, obwohl die Dienstausweise sämtlich Lichtbilder tragen? Was machen eigentlich die Geheimschutzbeauftragten in den einzelnen Behörden; machen sie sich auch eigene Gedanken?

Wir sollten uns nicht zu schade sein, von unseren Gegnern zu lernen - im Sport machen wir es übrigens nicht schlecht -, denn wie sagte doch Verfassungsschutz-Präsident Meier in einem Spiegel-Gespräch? "Der Stasi ist kein leichter Gegner.'

Eben, eben, nicht zuletzt deshalb, weil die ihre Sekretärinnen und auch die in den Amtsstuben der Ministerien und anderer Behörden so unter die Sicherheitslupe nehmen, daß selbst auch kleinste Flecken deutlich sichtbar werden.

Wir sind gern bereit, unsere Vorschläge dazu auf den Tisch zu legen.

+ + +

"Die Dackel von der Abwehr sollten gegen den bösen Wolf die Vorzimmer-Geißlein nicht nur beschnüffeln, sondern auch bewegen."

Bruno Huhn, Frankfurt

+ + +

"Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen,daß jetzt eine Hysterie herrscht, n weil drei oder vier Kolleginnen schwach geworden sind. Man kommt leicht in Gefa den gesamten Berufsstand zu verteufeln.
Bitte schreiben Sie auch einmal davon, daß es auch noch Sekretärinnen von Polit kern gibt, die nicht für die DDR arbeiten, sondern ihrem Dienstherren treu sind

Margot Schradewaldt

M E I N U N G E N - H I N T E R G R Ü N D E

---

ersucht und bei Bundesbürgern die Pässe mit Ostblockstempeln fotografieren läßt. "Freiheitsrechte der Bürger werden nicht gefährdet, niemand wird in seinen Rechten verletzt", erklärte Schüler in einem Zeitungsinterview im April 1979 für die "Bild am Sonntag". Auf die Frage nach der Notwendigkeit eines Geheimdienstgesetzes, mit dem Aufgaben und Befugnisse des Bundesnachrichtendienstes abgegrenzt werden könnten, meinte Schüler, seiner Ansicht nach überwiegen die Gründe gegen ein solches Gesetz. Die gesetzliche Regelung der Aufgaben eines Auslandsnachrichtendienstes würden nicht nur Probleme lösen, sondern auch neue schaffen.

Gedanken eines Seniorpartners

Vom Präsidenten des BND, Herrn Kinkel, ist bekannt, daß er in der Lage ist, ein außerordentlich großes Arbeitspensum zu bewältigen. Daher wird er einen Teil seiner Arbeitszeit der noch engeren Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des BfV, Herrn Meier, widmen, was kein großes Problem sein dürfte, da sich ja beide aus früherer gemeinsamer Arbeit sehr gut kennen. Aber unabhängig von guten persönlichen Voraussetzungen - mir geht es um einige Fragen, die man bei uns aufwirft und die nur zu berechtigt erscheinen.

Maihofer stürzte nicht zuletzt deshalb, weil er die Macht der Presse unterschätzte. Baum will diesen Fehler nicht wiederholen - aber er macht einen neuen. Er hofiert sie und will auf den Wogen der Publizität nach oben schwimmen.

Dabei riskiert er sogar die Preisgabe von Staatsgeheimnissen. Oder woher kamen denn die Dokumente z. B. in der Süddeutschen Zeitung, der FR, der FAZ über die "Sonderanweisung über die Erfassung bestimmter Erkenntnisse bei der grenzpolizeilichen Kontrolle (SO-GK)"?

Nur - diesen Ball fing selbstverständlich auch das MfS auf und leitete ihn der SED-Spitze weiter, für die dies der lange gesuchte Anlaß war, der Bundesregierung den Schwarzen Peter im deutschdeutschen Kartenspiel zuzuschieben. Der Eiertanz wird angesichts der Baumschen Pressefreundlichkeit verständlich, Drohungen werden ausgesprochen, Einschränkungen des innerdeutschen Reiseverkehrs sind in Vorbereitung. Hinzu kommt - was man bei der Gesamtansicht nicht vergessen darf - eine äußerst ungeschickte Führung des Maidanek-Prozesses und das Problem der Mord-Verjährung. Im Ausland (auch im Westen) haben diese Dinge ein anderes Gewicht als gemeinhin angenommen und wie es vor dem Hintergrund von Landtags- und Europa-Wahlen der Öffentlichkeit dargestellt wird.

Regierung, Bundespresseamt, Koalitionsparteien und auch die Opposition sind in der psychologischen Defensive. Bundespresseamt, AA, BND und BfV agieren dilatorisch, statt durch ein klärendes Wort für Verständnis in der Öffentlichkeit zu sorgen:

. Spionage gibt es seit Jahrtausenden; in den griechischen Sagen, der römischen Geschichte und der Bibel gibt es genügend Belegstellen dafür. Warum sagt man nicht klipp und klar, daß an der Grenze nur die Visa- und Grenzabfertigungsstempel der anderen Seite fotografiert werden und die Namen der Paßbesitzer überhaupt nicht interessieren, weil man nur die Vorlagen für die Dokumenten-Ausstattung der eigenen MA braucht? Das würde die breite Masse verstehen. Oder glaubt man, noch das Märchen aufrecht erhalten zu müssen, daß Spionage nur die andere Seite betreibt, während wir unser Wissen vom lieben Gott direkt beziehen?

. Eine Abstimmung zwischen BfV, BND und dem BPrA vor Veröffentlichung von Stellungnahmen und Pressekonferenzen müßte im Zeitalter der Elektronik machbar sein: Dann gäbe es nicht gegensätzliche Äußerungen (nach dem Muster Wehner - Apel) und die gezielten Indiskretionen würden ihren Urhebern nicht den politischen Effekt einbringen, den sie offenbar dringend benötigen.

. Unser Demokratie-Verständnis orientiert sich am Sinn unseres Grundgesetzes und den notwendigen Maßnahmen zum Schutze unseres Staates und unserer Demokratie. Wenn es Probleme und Auseinandersetzungen gibt, sollte wenigstens ein Mensch mit humanistischer Bildung beteiligt sein, denn der würde dann die Frage stellen: "Cui bono?" Und wer diese Frage zu beantworten weiß, weiß dann auch, was zu tun ist. Rechtsperfektionistische Profilierungsdebatten nützen dem Staat, der Demokratie und der Sache kaum.

Das wär's.

Amtshilfe

Erinnert sich eigentlich noch jemand an das Geschrei der Gazetten und vieler Politiker, als dem Bundeskriminalamt bei der Terroristenfahndung Pannen passierten - als sie nur ein paar Atemzüge zu spät erkannten, daß die vage verdächtigten Helikopter-Charterer in Michelstadt gesuchte Terroristen waren? Es gäbe noch einige andere Fälle, in denen ähnliche Vorfälle den Aufschrei der manipulierten Öffentlichkeit - personifiziert durch honorargierige Journalisten und profilierungssüchtige Politiker - zur Folge hatten. Jetzt geht es um die Amtshilfe, die der BGS dem BND und Verfassungsschutz gewährt. Wieder wird das Grundgesetz bemüht, das in Art. 35 der Amtshilfe die gesetzliche Basis schafft. Aber auch die durch das GG, Art. 86 und 73 vorgeschriebene Trennung von Verfassungsschutz und Polizei wird ins Feld geführt. Dabei wird in völliger Verkennung oder Unkenntnis der historischen Tatsachen erklärt, man wolle gestapo-ähnliche Zentralisierung von Information und Exekutive verhindern.

Jeder vernünftig denkende Mensch weiß, daß über ihn und seine Identität Daten gespeichert sind - früher in Form von Karteikarten, heute in Form von Magnetkarten oder -bändern.Macht es einen großen Unterschied für einen gesetzestreuen Bürger, wenn beispielsweise beim Münchner Ordnungsamt seine Reisepaß-Nō, beim Einwohnermeldeamt seine Meldedaten und die BPA-No und bei der Zulassungsstelle sein Auto registriert sind oder wenn in einem Computer alle diese Daten zentral gespeichert werden, wenn der Abruf der Teildaten nur dem jeweils für diesen Bereich befugten Amtsträger möglich sind? Will jemand bezweifeln, daß Polizei und Nachrichtendienste befugt sind, alle diese Daten einzusehen?

Wozu also das Geschrei, daß Behörden zusammenarbeiten und damit Kosten sparen. Wie groß könnte das Geschrei werden, wenn jeder befugte Verwaltungszweig kostenaufwendig alles wieder neu recherchiert, was anderswo schon bekannt ist?

Wenn Verwaltungszweige in dieser Form zusammenarbeiten, nennt man es seit eh und je Amtshilfe. Allerdings wurde dieser Begriff nicht klar definiert, er wurde durch jahrzehntelange Übung Recht-schaffend ausgefüllt, es entstand unbeanstandet ein Gewohnheitsrecht, das erst 1976 im Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), § 4, definiert und begrenzt wurde. Aber es war schon immer klar, daß Amtshilfe nur aus "Handlungen besteht, die der ersuchten Behörde als eigene Aufgabe obliegen". Es war auch klar, daß Amtshilfeersuchen nur einen Einzelauftrag enthalten durften und nicht durch Generalisierung für andere Stellen eine ungesetzliche Kompetenzausweitung ergeben sollte.

Erst jetzt, als durch gezielte und inhaltlich falsche Indiskretionen der Eindruck erweckt wurde, eine Vielzahl von ostwärts reisenden Bundesbürgern werde registriert, gab es einen Eklat. In Wirklichkeit gab es gar keine Registrierungen von Ostreisenden. Vielmehr sollten nur abgelichtet werden:

DDR-Visa-Stempel
DDR-Ein- und Ausreisestempel usw.

Wir sind der Meinung, daß dieser Auftrag ein Einzelauftrag ist, falls man sich mit dieser Argumentierung auseinandersetzen will. Wir sind auch noch der Meinung, daß diese ganze Kampagne wieder einmal dem Staat und der Demokratie schadet, denn letztlich geht es doch nicht um den etwas hölzern klingenden Begriff der "Amtshilfe" als vielmehr um die Zusammenarbeit aller der Sicherheit unseres Staates dienenden Einrichtungen - Polizei - BND - Verfassungsschutz - MAD, deren Kompetenzen nunmal ineinander verzahnt sind und sich nicht immer messerscharf abgrenzen lassen.

Wir wollen zur Klärung auf den § 5 des VwVfG vom 25. Mai 1976 (BGBl I., S. 1253) hinweisen, der die "Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe" beschreibt. Es heißt dort:

(1) "...Eine Behörde kann um Amtshilfe insbesondere dann ersuchen, wenn sie

1. aus rechtlichen Gründen die Amtshandlung nicht selbst vornehmen kann;
2. aus tatsächlichen Gründen, besonders weil die zur Vornahme der Amtshandlung erforderlichen Dienstkräfte oder Einrichtungen fehlen, die Amtshandlung nicht selbst vornehmen kann;
3. zur Durchführung ihrer Aufgaben auf die Kenntnis von Tatsachen angewiesen ist, die ihr unbekannt sind und die sie selbst nicht ermitteln kann;
4. zur Durchführung ihrer Aufgaben Urkunden oder sonstige Beweismittel benötigt, die sich im Besitz der ersuchten Behörde befinden;
5. die Amtshandlung nur mit wesentlich größerem Aufwand vornehmen könnte als die ersuchte Behörde.

..."

Man könnte fast meinen, daß dieser Paragraph speziell für die Amtshilfe des BGS formuliert worden ist, so treffend beschreibt er die erlaubte Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte BGS - BfV - BND.

Aber wer kennt schon diese gesetzliche Bestimmung, Journalisten sind da ja nicht so pingelig. Traurig ist nur, daß diese jüngste Demokratie-Hysterie vom Bundesinnenministerium ausgelöst wurde, daß Chef Baum zugleich Dienstherr des BGS, des BKA und des BfV ist. Deckt er etwa die Preisgabe des Gutachtens "Erste Bericht über die Überprüfung von Datenkarteien im Bereich des Bundeskriminalamtes", dessen erste Fassung dem "Stern" zuging und am 26. April d.J. besprochen wurde, während einen Tag später die "Zeit" sich mit der zweiten Fassung befaßte. Beide enthielten Kritik herausfordernde Darstellungen, die in der Endfassung überhaupt nicht zu

finden waren. Diese Endfassung wurde keiner Zeitung zugespielt!

Warum werden hier die Pferde künstlich scheu gemacht - vielleicht weil jemand als deus-ex-machina auftreten und alles wieder ins Lot bringen will und deshalb einen gegensätzlichen Hintergrund braucht, um besser leuchten zu können?

Ausgerechnet ein Mitglied der Opposition, MdB Carl-Dieter Spranger, CDU/CSU, muß der Regierung und besonders dem Innenminister ins Stammbuch schreiben:

> "Die Bundesregierung und SPD und FDP werden aufgefordert, sich endlich vor ihre Sicherheitsbehörden zu stellen, der fortlaufenden Verunsicherung Einhalt zu gebieten und die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Arbeit zu schaffen. Angesichts der schweren Spionagefälle in der jüngsten Vergangenheit brauchen wir gut arbeitende Sicherheitsbehörden."

Und wir möchten ergänzen:

> Sie müssen gut zusammenarbeiten und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Man muß wissen: Gegner sind nicht nur das MfS und das KGB - Gegner sind auch diejenigen, die sich als Superdemokraten gebärden und damit die Demokratie erst in Gefahr bringen.

Im "Spiegel" (18/1979, S. 30) wurde vermerkt: "Es wird viel zu viel publiziert." Dennoch, kein Nachrichtendienstler ist gegen eine ausgewogene Transparenz. Es ist deshalb begrüßenswert, wenn sich der neue Präsident persönlich nach Bonn bemüht, um sich mit Journalisten und Presseleuten abzustimmen. Wir brauchen gegenseitiges Verständnis und Vertrauen. Wenn nunmehr miteinander gesprochen wird, wird auch mehr Vertrauen entstehen und eine sachbezogene Berichterstattung über solche diffizilen Fragen kann ein langfristiges Produkt solcher Liaisons sein.

Sachliche Berichterstatter bekannter Medien wie

- Bayerischer Rundfunk
  ARD - Studio - Sendung "Tagesschau"
- Deutsche Presseagentur (DPA)
- Agentur Reuter
- Münchener Merkur
  und Agenturen DPA u. a.

bieten eine erste Gewähr, ein solches Ergebnis kurzfristig zu erreichen. Und München als Tagungsort bietet sein Übriges dazu.

Präsident Kinkel weiß das auch aus seiner vorangegangenen Tätigkeit: Trotz lärmender Veröffentlichungen über die Arbeit Dienste - Medien und den dabei gezahlten Tantiemen kommen wir ohnedies ohne Ähnlichem nicht aus. So war es immer - und so muß es auch sein - im Interesse der Sache!

\+ + +

Als erstes Staatsoberhaupt hat Bundespräsident Scheel am 16. Mai den Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach bei München besucht und sich über dessen Arbeit informiert. Vor einem Gespräch mit dem neuen BND-Präsidenten Kinkel sagte Scheel, er wolle mit seinem Besuch der Vorstellung entgegentreten, daß Nachrichtendienste etwas Besonderes seien. Die BND-Mitarbeiter seien staatliche Bedienstete wie andere auch.

Zu der Kritik, die seit einiger Zeit an verschiedenen Aktivitäten des BND geübt wurde, sagte Scheel: "Ich teile nicht die Unruhe." Nicht der BND sei ins Kreuzfeuer geraten, "sondern die Öffentlichkeit hat sich mit ihm befaßt". Was er allerdings teile, sei die Tatsache, daß sich der Nachrichtendienst wie jede andere öffentliche Einrichtung der Kritik der Öffentlichkeit stellen müsse. Dabei solle der BND aber "nicht Komplexe bekommen, er sei mehr als andere öffentliche Einrichtungen der Kritik schutzlos unterworfen".